

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 1

Artikel: Ingrid Matthäus-Maier : von der FDP zur SPD-Aufsteigerin : ein Gesicht wird zum Kopf
Autor: Hartmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340705>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

war nicht mehr in der Lage, die geplante neue Waffenausfuhr-Initiative in Angriff zu nehmen, und die wesentlichen Impulse zur erneuten Problematisierung der Rüstungsexporte gingen nach 1972 von andern Organisationen aus.

Wie läuft es in der SPS?

Sind aus diesen Erfahrungen der Friedensbewegung auch für die politische Praxis der SPS Schlüsse zu ziehen? Auch die Initiativen-Bilanz der SPS sieht nicht gerade glänzend aus. Von ihren über zwei Dutzend Vorstößen war bisher keiner direkt erfolgreich. Welche indirekten Wirkungen erzielt wurden, müsste im einzelnen noch untersucht werden. Aber: Die SPS ist keine soziale Bewegung, wie es die heterogene Friedensbewegung mit ihren flexiblen Organisation- und Aktionsformen ist. Die SPS ist eine Partei mit starker Organisation und institutionalisierter Position im politischen Entscheidungsprozess. Ihr Integrationsprozess, der sich ebenfalls über Initiativen und Referendums-kämpfe in der Zwischenkriegszeit durchgesetzt hatte, liegt länger zurück. Für sie sind Initiativen Joker im parlamentarischen und vorparlamentarischen Entscheidungsprozess,

an dem sie teilhat. Ihre Partei-Struktur und ihre institutionalisierte Position feilt sie gegenüber den Rückwirkungen von Initiativen, obwohl sich auch in der Partei bei Initiativen zentralistische Tendenzen durchsetzen. Auch nehmen in ihrer politischen Strategie die Initiativen nicht den Stellenwert ein, den diese bei friedenspolitischen Initiativbewegungen haben. Abstimmungsniederlagen schlagen deshalb nicht entsprechend durch, obwohl auch in ihren Reihen Resignations- und Ermüdungstendenzen unverkennbar sind.

Aber auch die SPS hat heute nicht die Macht, bürgerliche Hegemonie durch Initiativkämpfe zu brechen. Toni Tschudi, der die SP-Initiative für ein neues Bodenrecht aus dem Jahre 1963 einer detaillierten Analyse unterzog, kommt zum Schluss: «Im untersuchten Fall hat das direktdemokratische Instrument der Volksinitiative das Durchsetzen von neuen, den Absichten der Initianten entsprechenden Problemlösungen also keineswegs gefördert, sondern im Gegensatz zur herkömmlichen Auffassung über die Funktion der Initiative durch die von ihr ausgelöste und dann von bürgerlichen Mehrheiten in Regierung und Parlament durchgesetzte Verfassungsände-

rung den bisherigen Zustand im Bodenrecht verfassungsrechtlich noch ausdrücklich verankern geholfen.»

Bleibt die Frage nach den bewussteinbildenden Wirkungen einer Initiative. Auch verlorene Initiativkämpfe könnten – wenigstens langfristig – das Bewusstsein des Stimm- und Wahlvolkes im Sinne sozialen oder friedenspolitischen Fortschritts prägen. Leider spricht die Entwicklung des Rückhalts friedenspolitischer Forderung eine andere Sprache. Er nimmt unter dem Einfluss der Initiativen zumindest nicht merklich zu. Zieht man in Betracht, dass gesellschaftliches Bewusstsein nicht nur in politischen Auseinandersetzungen, sondern vor allem im Alltag der Familien, Schulen und Betriebe geprägt wird, dann leuchtet die geringe Einflussmöglichkeit über Initiativen ein.

Als Karten beim Ausjassen der Kompromisse im Rahmen der Konkordanz stechen Initiativen der SPS vermutlich auch heute noch. Will sie aber darüber hinaus gesellschaftsverändernde Prozesse in Gang setzen, müsste sie neue und alte Pfade ausserhalb der institutionalisierten Politik (wieder) entdecken und erproben.

Ingrid Matthäus-Maier: Von der FDP zur SPD-Aufsteigerin

Ein Gesicht wird zum Kopf

Von Horst Hartmann

Die Wahl der Abgeordneten Ingrid Matthäus-Maier im vergangenen Jahr zur finanzpolitischen Sprecherin der SPD verdient besondere Beachtung. Die Kontrahentin des Bundesfinanzministers Gerhard Stoltenberg (CDU) wurde mit 110 von 147 abgegebenen Stimmen gewählt und galt für den Parteivorsitzenden Hans-

Jochen Vogel zum vornherein als erste Wahl.

Mit ihr übernahm eine Vertreterin der einstigen APO-Generation eine Schlüsselposition und löst den ehemaligen Bundesfinanzminister Hans Apel ab. Ingrid Matthäus-Maier trat ursprünglich in die FDP ein, allerdings unter der Voraussetzung,

dass die Liberalen eine Koalition mit den Sozialdemokraten eingehen würden, was ja auch der Fall war. Als die FDP dieses Reformbündnis unterließ, um mit der Union einen Rechtskurs in der BRD durchzusetzen, zog Ingrid Matthäus-Maier entsprechende Konsequenzen und verliess die Partei.



Ingrid Matthäus-Maier

Foto Keystone

1972 war sie als Bundesvorsitzende der Jungdemokraten das erste weibliche Wesen an der Spitze eines parteipolitischen Jugendverbandes und versuchte, das Durcheinander in den Landesverbänden zu beenden. Doch das nahmen ihr die Männer übel, sie wurde abgewählt. Daraufhin zog sie in den Bundestag ein und konzentrierte ihre Arbeit auf die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik. Als sie sich in der FDP um einen Sitz im Finanzausschuss bemühte, versuchte das Otto Graf Lambsdorff zu verhindern. In einer Kampfabstimmung setzte sich Ingrid Matthäus-Maier mit 18 gegen 17 Stimmen durch.

Die Verwaltungsjuristin mit Rückkehrproption für den Staatsdienst ist Pragmatikerin und lehnt allzu ideologische Programme ab. Ihr Leitbild stellt der Philosoph Karl Popper dar, der stets vor absoluten Wahrheiten warnte. Bestärkt durch ihren Ehemann, den Mathematiker Robert Maier, prüft die Politikerin deshalb stets, wie ein anzustrebendes Ziel am besten zu erreichen ist. «Wenn man sich mit der Überlegung in der Welt bewegt, dass das, was man glaubt, falsch sein könnte, und das, was der politische Gegner glaubt, richtig sein könnte, dann wird Toleranz im Alltagsleben sehr viel grösser sein.» Diese Worte Poppers die-

nen ihr als Maxime. Ihre Vorstellung von sozialer Politik lautet schlicht und einfach: «Möglichst viel Freiheit für möglichst viele Menschen, deren Alltagsbedürfnisse es einigermassen zu befriedigen gilt.» Ingrid Matthäus-Maier tritt für unterschiedliche Ziele ein, beispielsweise für ein Solidaritätsoffer der Beamten in der Altersversorgung und für eine Öffnung der starren Ladenschlusszeiten zugunsten der Verbraucher.

Die Nüchternheit und Systematik, mit der die Juristin komplizierte Probleme angeht, stellte sie zuletzt als Vorsitzende im Bonner Atom-Untersuchungsausschuss unter Beweis. Wie sehr sie in der SPD geschätzt wird, zeigte sich auch daran, dass Oskar Lafontaine sie für das Amt des Schatzmeisters vorschlug. Sie lehnte aber mit der Bemerkung ab, dass «eine Partei, die 125 Jahre alt ist, ihre Kasse nicht von jemanden verwalten lassen kann, der noch vor drei Jahren in einer anderen Partei war.»

Ingrid Matthäus-Maier hat auch Angebote aus SPD-regierten Bundesländern abgelehnt, Ministerposten zu übernehmen. Ihr Arbeitsplatz befindet sich in Bonn und im Bundestag. Angesichts der Arbeitsfülle hat die Mutter von zwei Kindern auch privat ein klares Konzept. Ihr Mann hat seine Tätigkeit aufgegeben, damit seiner Frau die Doppelbelastung von Beruf und Familie erspart bleiben.

Horst Hartmann

Leserecho

Abschaffung der Jusos?

Ob ich mir auch einmal etwas von der «Spontaneität und Frechheit» der Jusos aneignen darf? Mindestens seit dem letzten Jubiläumsparteitag, wo sie wieder

einmal schäumend in Erscheinung getreten sind, und vor allem im Vorfeld des Sonderparteitags zur GSoA-Initiative möchte ich gerne einmal nachfragen, was das

mit den Jusos genau soll. Dabei bin ich selbstverständlich weit entfernt von der Schlachtung einer heiligen Kuh, aber innerhalb des SP-Stalles darf man ja wohl